

Herforder Zeitung

für Stadt

und Land

Bezugs-Preis 4.00 Mark

monatlich. Bei Postbezug 4.00 Mark und Bestellgeld. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags

Druck und Verlag Fr. Kuhle
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31



Telefon Nr. 53 und 154
Postfach Nr. 5796
Schiedsamt Hannover

Anzeigenpreis 30 Pfennig

die 1 Spalte 14 Zeilen oder
deren Raum für Stadt u. Land-
kreis Herford, sonst 35 Pfennig.
Reklamen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Ämtlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 95.

Herford, Montag, den 25. April 1921

39. Jahrgang.

Die Regierungsbildung in Preußen.

Von Dr. Höpker-Aschoff, M. d. L.

Die Regierungsbildung war mit der Wahl Stegerwalds zu einem gewissen Abschluß gekommen. Es hatte sich herausgestellt, daß die Bestimmungen der Verfassung, nach denen der Ministerpräsident durch den Landtag zu wählen ist, die Regierungsbildung erschweren. Immerhin, es war nach langen Verhandlungen gelungen, eine große Mehrheit für die Wahl Stegerwalds zusammenzubringen. Nun war der Mann da, der die Aufgabe, ein Kabinett zu bilden, und mit diesem Kabinett und einem Programm vor den Landtag zu treten, erfüllen konnte. Er hatte freie Hand, die Sozialdemokraten, welche ihn zunächst nur unter der Bedingung wählen wollten, daß er die alte Koalition wieder herstelle, hatten sich den Demokraten und dem Zentrum, welche die alte Koalition nicht mehr für tragfähig hielten, gefügt, dabei aber die Erwägung ausgesprochen, daß Stegerwald zurücktreten werde, wenn es ihm nicht gelinge, ein Kabinett zu bilden, das allen Parteien der alten Koalition recht sei. Der Wunsch der Demokraten und des Zentrums ging dahin, die alte Koalition durch die Deutsche Volkspartei zu erweitern.

Stegerwald hat sich alle erdenkliche Mühe gegeben, ein Kabinett auf breiter Grundlage zu bilden; ob er dabei immer eine glückliche Hand gehabt hat, mag dahingestellt bleiben. Ein politisches Ministerium, in dem die vier Parteien von der Volkspartei bis zur Sozialdemokratie vertreten waren, von der ersten Kardorff und v. Campe, von der letzten Braun und Severing oder Röske und Bauer, ein Ministerium, das neben Parlamentariern der alten Koalition einige der Volkspartei nahestehende Beamte umschloß, ein reines Geschäftsministerium von Beamten — alles ist versucht worden, alles ohne Erfolg.

Die Sozialdemokraten lehnten jedes Zusammengehen mit der Volkspartei, sie lehnten auch ein Geschäftsministerium rundweg ab. Ihre Politik geht offenbar darauf hinaus, die Gegenläufe auf die Spitze zu treiben, auch die Reichsregierung zu Fall zu bringen. Neuwahlen zu betreiben, bei diesen Wahlen den Kommunisten einen tödlichen Schlag zu versetzen und die Unabhängigen aufzulösen, im Reich und in Preußen eine Regierung mit sozialistischer Führung zu bilden und die Auseinandersetzung mit dem Feinde mit der Hilfe der internationalen Gewerkschaftsbewegung herbeizuführen — eine verderbliche und kurzfristige Politik, denn wer möchte daran glauben, daß mit Hilfe der französischen und englischen Gewerkschaften, der ohnmächtigen französischen Sozialisten und der durch den Streik geschwächten englischen Arbeiterpartei eine Verständigung mit den Feindmächten herbeizuführen möglich sei!

Aber auch die Volkspartei trieb eine verhängnisvolle, nur auf das Parteinteresse abgestimmte Politik. Sie lehnte nicht nur die bisherigen Minister der Sozialdemokratie ab, sie benutzte auch die Aussprache über den Kommunistenputsch zu einem scharfen Kampfe gegen das Ministerium Severing. Unbegreiflich, denn was war geschehen? Der Putsch war durch die Preussische Regierung in kurzer Zeit mit geringen Opfern niedergeworfen worden. Die Schutzpolizei hatte sich als ein festes Werkzeug in der Hand der Regierung erwiesen. Die Regierung hatte davon absehen können, Reichswehr in größerem Umfang heranzuziehen, ein Gewinn mehr, weil die äußere Lage im Osten bedrohlich war, und weil der Einsatz der Reichswehr nach den Erfahrungen des vorjährigen Kampfes im Ruhrgebiete das notwendige Vertrauensverhältnis zwischen dem Volke und der zum Schutz gegen äußere Feinde bestimmten Reichswehr wiederum zerstört hätte. Alles in allem ein Erfolg der Regierung. Die beiden Rechtsparteien aber konnten es nicht unterlassen, die vermeintliche Schwäche der Regierung zu einer großen Agitation auszunutzen. Die Volkspartei schickte hierbei zwei Redner vor, die jede politische Einsicht vermissen ließen, man gewann den Eindruck, daß die Volkspartei die Möglichkeit eines Zusammengehens mit der Sozialdemokratie geräteln wollte.

Bei dieser Sachlage schien es unmöglich, die große Koalition zusammenzubringen. Um das Chaos zu beenden und endlich die Regierung zu bilden — deren Bildung bei dem Ernst der politischen Lage nicht länger hinausgeschoben werden konnte — faßte nunmehr Stegerwald den Plan, eine Regierung aus Parlamentariern des Zentrums und der Demokraten und bewährten auf dem Boden der Republik stehenden Beamten zu bilden. Die Demokraten erklärten sich trotz schwerer Bedenken bereit, ein solches Kabinett zu unterstützen, einzig bestimmt durch vaterländisches Pflichtgefühl. Es könnte

Das Neueste vom Tage.

Nach einem Beschlusse des Reichschatzministers sind sämtliche Reichsbelleidungsämter mit Ausnahme der in Berlin, Stettin und München bestehenden aufzulösen.

Bei Spandau wurde ein Dynamitgeheimlager der Kommunisten aufgedeckt und beschlagnahmt.

Zu „Massenspaziergängen“ durch das Regierungsviertel rufen zum 1. Mai die Kommunisten Groß-Berlins auf, die wieder in Flugblättern die Bewaffnung der Arbeiterschaft fordern.

Die bairische demokratische Fraktion des Landtags ersuchte die Regierung, ihr Augenmerk den am Südrande der bayerischen Alpen gelegenen Erdoilquellen zuzuwenden, die nicht nur für Bayern, sondern auch für ganz Deutschland von großer Bedeutung seien.

Nicaragua (Südamerika) erklärte seinen Austritt aus dem Völkerbunde mit der Begründung, die Kosten seien zu hoch.

In Wien wurde die Kammer für Arbeiter und Angestellte eröffnet.

Der Marschall Pétain wird demnächst nach Südamerika gehen, um die Leitung der französischen Propaganda in Argentinien, Uruguay und Brasilien zu übernehmen.

Scheinen, als ob hierin ein Widerspruch zu der ursprünglichen Haltung der demokratischen Fraktion läge. Sie hatte ursprünglich sowohl die alte Koalition als auch die im Reich bestehende Minderheitskoalition abgelehnt, weil sie der Regierung eine breite Grundlage zu schaffen wünschte. Immerhin, wenn es gelang, ein Ministerium aus Parlamentariern des Zentrums und der Demokraten und bewährten Beamten zu bilden, aus Männern, gegen deren Tüchtigkeit und Sachkenntnis keine Bedenken erhoben werden konnten, so schien ein solches Ministerium stärker als die kleine Koalition oder die Minderheitskoalition, und man durfte hoffen, daß es die Unterstützung der Volkspartei und der Sozialdemokraten gewinnen, ja gleichsam erzwingen würde.

Um vollkommen freie Hand zu haben und auch den Schein eines Wortbruchs zu vermeiden, unterzog sich Stegerwald einer Wiederaufwahl und wählte dann seine Mitarbeiter. Für das Ministerium des Innern suchte er Schiffer oder Dominicus zu gewinnen. Das durch den „Vorwärts“ verbreitete Gerücht, daß Dominicus zurückgezogen und durch Schiffer ersetzt worden sei, weil Dominicus den Rechtsparteien nicht genehm gewesen, entspricht nicht den Tatsachen. Stegerwald hat sich zuerst an Schiffer und dann an Dominicus gewandt, und Schiffer hat das Amt abgelehnt, weil er durch seine Tätigkeit als Vorsitzender der Reichstagsfraktion voll auf in Anspruch genommen ist. Nichtig ist aber, daß die Volkspartei sowohl Schiffer als auch gegen Dominicus Vorstellungen bei Stegerwald erhoben hat. Wenn das bei Schiffer mit der Begründung geschehen ist, daß er Negativ sei, so liegt darin ein Anspruch, der mit aller Schärfe zurückgewiesen werden muß. Es ist müßig, noch einmal darauf zu insistieren, wer den echten Ring besitzt, nur darauf sei hingewiesen, daß die alten Führer der Nationalliberalen Friedberg, Schiffer, Schmied-Karolath alle ins Lager der Demokraten gegangen sind und daß Bennigsen, der große Führer ein überzeugter Anhänger der parlamentarischen Regierung war. Und wenn Dominicus von der Volkspartei mit der Begründung abgelehnt ist, daß er Groß-Berlin gemacht habe, so ist auf folgendes hinzuweisen: Die Einheitsgemeinde war eine politische Notwendigkeit, weil es jedem Menschen mit sozialem Empfinden unerträglich erscheinen mußte, eine mit Arbeiterbevölkerung stark durchsetzte Stadt zugunsten reicher Vorortgemeinden mit ungeheuren Lasten zu bepacken. Jedoch, was hat das alles mit der Regierungsbildung zu tun! Es war Stegerwalds Sache, sich seine Mitarbeiter zu wählen, es wäre aber den Demokraten unmöglich gewesen, sein Kabinett zu unterstützen, wenn er sich hier in irgend einer Form dem Druck der Volkspartei gefügt hätte. Die Volkspartei scheint denn auch erkannt zu haben, daß ihre Vorstellungen bei Stegerwald einen unzulässigen Eingriff in die verfassungsmäßigen Rechte des Ministerpräsidenten bedeuteten, und gab auch ihren unsinnigen Plan, gegen Dominicus allein ein Mißtrauensvotum einzubringen, auf, ein Plan, der übrigens den Sturz des ganzen Kabinetts herbeigeführt haben würde, weil es sich hinter Dominicus gestellt

hätte. Möge die parlamentarische Niederlage, welche die Volkspartei hierdurch erlitten hat, ihr für die Zukunft ein Lehre sein.

Das neue Kabinett trat dann mit einem Programm vor dem Landtag, das ein entschlossenes Bekenntnis zu Republik und demokratischen Grundgesetzen enthielt. Die Aussprache endigte mit einem Vertrauensvotum für die neue Regierung. Für sie stimmten auch die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei, die Sozialdemokratie aber jagte ihr den Kampf an.

Ist das der Bürgerblock? Hat die Demokratische Partei damit eine Rechtschwengung vollzogen? Mit nicht. Die Richtung eines Kabinetts wird durch seine Mitglieder und sein Programm bestimmt. Niemand kann bestreiten, daß auch die dem Kabinett angehörigen Beamten überzeugte Republikaner sind und daß das Programm des neuen Kabinetts ein republikanisches ist. Das linksgerichtete Kabinett kann nicht dadurch zu einem rechtsgerichteten gestempelt werden, daß die Sozialdemokraten ihm den Kampf ansagen, ohne in der Zusammenfassung und dem Programm sachliche Gründe für diese Haltung zu finden. Die Zusammenfassung und das Programm sind so, daß sowohl der Volkspartei als auch den Sozialdemokraten die Mitarbeit möglich wäre. Wenn die Sozialdemokraten nicht die Partei über das Vaterland stellen würden, so würden sie dieses Kabinett unterstützen können. Die demokratische Fraktion lehnt es ab, gegen die Sozialdemokratie zu regieren und würde dem Kabinett den Rücken lehnen, wenn dieses seinem Programm untreu würde und mit Hilfe der Deutschnationalen Volkspartei gegen die Sozialdemokratie regieren wollte. Wir wollen es abwarten, ob die Sozialdemokratie wirklich das Kabinett bekämpfen will, wenn dieses eine wahrhaft demokratische Politik betreiben wird.

Die Ausführungen des Abg. Dr. Höpker-Aschoff sind nicht in der Lage, die sehr schweren Bedenken hinwegzuräumen, die wir gegen eine Beteiligung der Demokraten an dem Kabinett Stegerwald haben. Darin stimmen wir mit dem Verfasser überein, daß diese Entwicklung herbeigeführt ist durch die Haltung der Deutschen Volkspartei und der Sozialdemokratie; beide haben nur ihre Parteiziele verfolgt. Aber für die Demokraten lag aufgrund des letzten Wahlergebnisses nicht die geringste Veranlassung vor, einen Ausweg aus dem Wirrwarr suchen und finden zu helfen. Getroßt hätte man das den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei überlassen sollen. Das augenblickliche Ministerium in Preußen ist aus innen- und außenpolitischen Gründen eine einfache Unmöglichkeit. Es kann nur von kurzer Dauer sein. Entweder nach rechts oder nach links oder nach beiden Seiten zugleich muß es Verbreiterung suchen.

Wir benutzen diese Gelegenheit, um darauf hinzuweisen, daß die Deutsche Volkspartei bestreitet, jemals die Absicht gehabt zu haben, dem Minister Dominicus das Vertrauen zu verweigern.

Die Redaktion.

Tirol für Deutschland.

90% für den Anschluß.

In Innsbruck, 25. April. Die gestrige Volksabstimmung gestaltete sich zu einer imponierenden Kundgebung für den Anschluß an Deutschland. Von 150 000 Stimmberechtigten hatten über 90 Proz. abgestimmt. 130 000 Abstimmungsberechtigte stimmten mit „Ja“. In Innsbruck und im ganzen Lande herrscht ungeheure Begeisterung. Das definitive Resultat wird erst heute bekanntgegeben werden können. Die Landesregierung wird hierauf sofort der Bundesregierung das Resultat mit der Bitte übermitteln, es beim Völkerbund vorzulegen und hieran die Bitte knüpfen, daß der Völkerbund den Anschluß Österreichs an Deutschland gestattet.

Die Konferenz in Sythe.

Schwierige Aufgabe Briands — Die oberschlesische Frage.

Eine französische Denkschrift.

mit. Sythe, 24. April. (Reuter.) Lloyd George und Briand unterhielten sich heute vormittag privatim miteinander. Die formelle Besprechung begann um 11 Uhr. Die Premierminister prüften den Bericht der Sachverständigen über die deutsche Wiederaufbaunote, die in der Nacht zum 22. d. M. einging. Ueber die angekündigte neue Note Deutschlands an die Vereinigten Staaten ist nichts bekannt.

mit. Sythe, 24. April. Reuter meldet amtlich: Die Konferenz trat um 10.30 Uhr zu einer allgemeinen Besprechung zusammen. Vertretet eine Denkschrift vor, worin der französische Vor-

Schlag, um den sich die Verhandlungen drehen, im Einzelnen aus-
einanderzusetzen wird. Es ging ein Telegramm mit der Nachricht ein,
daß von der deutschen Regierung eine neue Note ausgearbeitet wird,
doch ging sie bisher bei keiner Regierung ein.

Zusammentritt des Obersten Rats.

wtb. Paris, 24. April. Die Konferenz von Ghythe ist um 5,15
Uhr abends zu Ende geführt worden. Es wurde beschlossen, daß der
Oberste Rat am kommenden Sonnabend in Paris zusammentreten
wird. Sollte Lloyd George durch die Streiklage verhindert sein,
London zu verlassen, so wird die Konferenz in London stattfinden.

Die obersteleijische Frage.

wtb. Paris, 24. April. Der Sonderberichterstatter der Sabas-
agentur stellt fest, daß von beiden Verhandlungsparteien über die
Unterredung größte Zurückhaltung geübt werde.

Charles Saglio stellt im „Cubre“ fest, daß die Aufgabe Briands,
die schon durch die Schritte der Vereinigten Staaten sehr schwierig
seien, noch viel peinlicher werde durch den Wunsch Lloyd Georges,
die Reparationsfrage mit der obersteleijischen Frage zu verbinden.
England wünsche nicht, daß die schleisschen Kohlengruben Deutschland
weggenommen werden. Lloyd George verheimlichte diesen Wunsch
nicht, denn die Entziehung obersteleijens vermindere Deutschlands
Produktionskraft zum Nachteil der Entente. Uebrigens seien die
Polen nach Lloyd Georges Ansicht unfähig, die Reichskiller dieses
Gebietes auszubilden. Sie hätten ja selbst zugestanden, daß sie keine
Faschente besäßen.

Eine halbamtliche Mitteilung über Frankreichs Forderungen.

wtb. Paris, 24. April. Wie der diplomatische Mitarbeiter der
„Chicago Tribune“ mitteilt, wird die französische Regierung am
Montag durch ihren Botschafter in Washington dem amerikanischen
Staatsdepartement halbamtlich die genaue Summe mitteilen, deren
Frankreich von Deutschland als Reparation bedarf.

tu. Berlin, 24. April. Morgen früh 9 Uhr wird die Re-
gierung mit den Führern der bürgerlichen Parteien und der
Mehrheitssozialdemokraten eine Besprechung abhalten, in
der sie vom Inhalt der Note Kenntnis geben wird. Gestern
abend empfing das Kabinett die Führer der Regierungspartei-
en, da diese das Kabinett hatten wissen lassen, daß sie der
Regierung die Verantwortung für die neuen Gegenvor-
schläge überlassen müßten, wenn die Regierung nicht Ver-
anlassung nähme, die hinter ihr stehenden Parteien recht-
zeitig zu unterrichten. Die Parteiführer nahmen an der
etwa 2 Stunden dauernden Besprechung eingehend von den
Plänen der Regierung Kenntnis. Da man im Kabinett der
Auffassung war, daß die Volksstimmung in Frankreich und
Amerika dies verlangt, enthalten die deutschen Vorschläge
u. a. auch ein festes Zahlenangebot, das die deutsche Lei-
stungsfähigkeit im Auge behält, aber auch der Volkspsyche
der Gegenseite Rechnung trägt. Es steht in einer Höhe zwi-
schen den Pariser Beschlüssen und dem deutschen Vorschlag
in London, neigt aber mehr dem letzteren zu. Es ist damit
zu rechnen, daß die Note im Laufe der Nacht noch nach
Washington geht und man kann annehmen, daß sie in den
morgigen Abendblättern veröffentlicht werden kann.

Die deutsche Antwort an Amerika.

wtb. Berlin, 24. April. Das Reichskabinett hat heute mittag
in einer Schlussitzung den Text der Antwort an die amerikanische
Regierung einmütig festgestellt.

Englands Einverständnis.

H. Rotterdam, 24. April. Reuter gibt Samstag folgenden Be-
richt über die Lage aus: Das englische Kabinett ist einverstanden,
daß Präsident Harding ihm die Vorschläge Deutschlands übermittelt.
Es behält sich aber jede Stellungnahme zu ihrem Inhalt vor, bis
es ihn kennen gelernt hat. Bis dahin kann auch kein Stillstand der
Vorbereitungen eintreten für die Zwangsmaßnahmen, die am 1.
Mai notwendig werden.

Frankreichs kriegerische Vorbereitung.

H. Genf, 24. April. „Echo de Paris“ meldet mit aller Be-
stimmtheit, daß zwischen Frankreich, Tschechoslowenien und Jugosla-
wien ein Defensivbündnis abgeschlossen wurde, welches die Teil-
nahme der beiden mitteleuropäischen Staaten für den Fall größerer
militärischer Zwangsmaßnahmen Frankreichs wider Deutschland
betrifft.

Deutschlands Wiederaufbauvorschlge. Weitgehendstes Entgegenkommen.

Minister Simons hat Donnerstagabend, als er dem amerikani-
schen Vertreter die deutsche Note an Präsident Harding übergab,
mitgeteilt, daß Freitagmittag eine deutsche Note über den Wieder-
aufbau direkt an die Reparationskommission abgehandelt werde. In
der Note heißt es u. a.:

Deutschland könnte den Wiederaufbau bestimmter Städte, Dr-
fer oder Flecken oder bestimmter zusammenhängender Teile des
Wiederaufbaugesbietes unter Übernahme jmtlicher Kosten in eigen-
er Regie oder durch Vermittlung eines internationalen Siedlungs-
unternehmens übernehmen. Deutschland ist ferner willens, unab-
hängig von den vorgeschlagenen Regelungen alsbald für den Wieder-
aufbau der zerstörten Teile Frankreichs und Belgiens alle Hilfs-
mittel bereitzustellen, nämlich

1. in den zerstörten Gebieten sofort nach Ausgabe der näheren
Wünsche der alliierten Regierungen Aufräumungsarbeiten und Auf-
forschungsarbeiten vorzunehmen.

2. die Ziegeleien im Wiederaufbaugesbiet instand zu setzen oder
neu zu errichten, ebenso Rast-, Gips- und Zementwerke daselbst zu
errichten, die erforderlichen Maschinen zu liefern, um mit der Ge-
winnung und Verwertung der dort vorhandenen Rohmaterialien
für Baustoffe beginnen zu können; darüber hinaus heimische Bau-
stoffe und Baumaterialien zu liefern.

3. Vorkehrungen zu treffen, daß die im Wiederaufbaugesbiet
nicht vorhandenen Geräte und Materialien für Bauzwecke heran-
geführt werden können, einschließlich der Baustoffe, die für die ersten
Einrichtungen erforderlich sind.

4. Sofort mit der Anfertigung von Wohnungsbauten aller Art,
zunchstens aber 25 000 Holzhäuser, zu beginnen und diese vor Be-

ginn der kälteren Jahreszeit aufzustellen, um der ungemein drin-
genden Wohnungsnot in den zerstörten Gebieten vorher zu begegnen.

5. Dazu die Ausfattung, z. B. Möbel, Decken, Küchengeräte und
Kochgeschirre zu liefern.

6. Nach den Plänen und unter Kontrolle der französischen Be-
hrden Hoch- und Tiefbauten jeder Art auszuführen; ob diese Bau-
ten in französischer oder deutscher Regie oder in eigener oder in
gemeinwirtschaftlichem Betriebe oder durch Privatunternehmerbetrieb
oder unter Zulassung aller drei Betriebsformen ausgeführt werden
sollen, wird nach den Wünschen der alliierten Regierungen zu be-
stimmen sein.

Die deutsche Regierung ist willens, auf den Boden dieser Vor-
schläge zu treten. Im übernehmen mit den deutschen Bauarbeiter-
organisationen, einschließlich der Organisationen der Angestellten
und Beamten versichert sie, daß die Mitglieder dieser Organisati-
onen bereit sind, beim Wiederaufbau der zerstörten Gebiete durch
Arbeitsleistung mitzuwirken. Die deutsche Regierung erklärt sich
bereit, sofort und bis zur Schaffung einer weiteren Regelung den
jenigen Geschädigten, die ihre zerstörten Häuser und sonstigen An-
lagen wiederaufgebaut sehen wollen, leistungsfähige und vertrau-
würdige Unternehmer zu benennen.

Falls die alliierten Regierungen wünschen, daß die Mitwirkung
der deutschen Regierung am Wiederaufbau in anderer als in vor-
stehender Form erfolgen soll, so ist die deutsche Regierung bereit,
jede von den Alliierten gegebene Anregung und jeden gemachten Vor-
schlag eingehend und gewissenhaft zu prüfen und zu beruchen, in
einer den alliierten Wünschen entsprechenden Form am Wiederauf-
bau teilzunehmen. Die deutsche Regierung bittet die Alliierten, die
erforderlichen Besprechungen über Einzelheiten der zu treffenden
Regelung möglichst sofort einzuleiten.

Es bleibt nun abzuwarten, wie Frankreich sich gegen-
ber diesen Vorschlägen verhält und was im besonderen
Herr Loucheur dazu sagt. Immerhin ist die Not der Ge-
schädigten größer, als die Interessen der französischen Un-
ternehmer es sind, und aus dem letzten Kongreß des allge-
meinen Arbeiterverbandes ist zu entnehmen, daß man sich
gegen die Beteiligung deutscher Arbeiter zum nicht mehr
sträuben wird. Wenn Frankreich den Frieden will und
wenn die Geschädigten den Wiederaufbau wollen, so kann
nach der deutschen Note jetzt ein Weg dazu gefunden werden.

Preussischer Landtag.

Die Beftigung der Regierung — Kein Mi- trauensvotum für Dominicus.

Nach der Verfassung bedarf jede Regierung zur Führung der
Geschäfte des Vertrauens der Volksvertretung. Dieser Grundsatz ist
fundamental für das parlamentarische System. Darum ist er von
uns jezt im Meide wie in den Ländern gefestigt verwirklicht. Keine
Partei wird ohne zwingende Gründe einer Regierung das Ver-
trauen verweigern. Daß es die Sozialdemokratie in Preußen dem-
noch getan hat, beweist, wie sehr sie in die reine Agitationspolitik
zurückgesunken ist. Gerade nach den Wirren der letzten Zeit konnte
es niemand verantworten, jezt eine neue Ministerkriese zu
entstellen, wo mit Mühe und Not ein Kabinett zustande gekommen
ist. Der preussische Landtag sprach der neuen Regierung mit 216
gegen 130 Stimmen das verfassungsmäßige Vertrauen aus.
Daß darin in Preußen die sozialdemokratische Irreführung von der
Rechtsregierung nicht Wahrheit geworden ist, wies in seiner wahr-
haft staatsmnnlichen Rede der demokratische Vertreter und jnzere
Staatsminister Abg. Dejer überzeugend nach. Er legte dar, daß
die neue Regierung aus zwei Parteien der bisherigen Koalition be-
steht, denen die Sozialdemokraten bisher parlamentarisch vertraut
haben. Er führte ferner den Nachweis, daß hier einfach der Kern
der verbreiterten Koalition von Volkspartei bis Sozialdemokratie
besteht, wobei es nur von den Sozialisten abhängt, daß, ähnlich wie
im Reichstage, zum Ausbruch kommen zu lassen. Im Namen der
demokratischen Fraktion konnte Abg. Dejer auf das bestimmteste er-
klären, daß die demokratische Partei nicht nach rechts abrucken
wird, daß sie an der Fortführung der Demokratisierung der Ver-
waltung festhält. Abg. Dejer verteilte objektiv die Schuld von rechts
und links, und legte klar die über das Regierungsprogramm hinaus-
gehenden Ziele der Deutschen Demokratischen Partei dar. An der
zweiten Rednergarnitur brauchten sich die Demokraten nach der
Rede Dejers nicht mehr zu beteiligen. Die weitere Debatte bot auch
keinerlei bemerkenswerte Momente, wenn man nicht
als besonders peinlich feststellen möchte, daß die Sozialdemokratie
noch immer nicht Herrn Heilmann in die Schranken gewiesen hat.
Er trat am Schluß in einer persönlichen Bemerkung auf und ver-
tndelte, daß er stolz auf die von ihm verpflichtete Indiskretion sei.
Die Fraktion ließ daß zu, obwohl sie die Indiskretion aufs schärfste
gemilligt hat.

Reichstag.

Unersreuliche Debatten in erster Stunde.

Wiederum wartete am Sonnabend ein volles Haus der
Dinge, die da kommen sollten. Man hatte mit peinlichem Gefühl
von dem Meinungsstreit zwischen dem Innenminister und gewissen
Parteiführern gelesen (vergleiche untenstehende Nachricht hieran) und
war im Grunde fast erstaunt, als es hieß, die einmal anberaumte
Sitzung werde trotz allem stattfinden. Also möchte man gefast sein,
daß der Reichstag sich selbsttndig zur Lage äußern und die Rege-
rung stämmen dabei sitzen werde. Glücklicherweise gelang es, diese
lechte Steigerung ins Groeske zu vermeiden. Im einzelnen verlief
die Sache folgendermaßen: Präsident Roe führt in bereinstim-
mung mit der Regierung vor, die Besprechung bis Montag zu ver-
tagen. Für die stets redelustigen Unabhängigen bestand aber Ge-
stispien auf seinem Schein, er versuchte sogar im Rahmen der Geschäfts-
ordnungsdebatte die erste Note an Harding zu kritisieren, was der
Präsident aber verhinderte. Darauf wies Fehrenbach in einigen
kurzen Sätzen darauf hin, daß diplomatischer Brauch es verbiete,
eine Note zu rtern, ehe sie in die Hand des Empfängers gelan-
gen sei. Herr Geber, der von den Kommunisten noch suspendiert
zu sein scheint, versicherte darauf, trotzdem unter keinen Umständen
länger warten zu können. Nun schwenkten die Deutschnationalen
ab. Abg. Schulze-Bromberg begnügte sich damit, der Regierung
noch einmal ausdrücklich die volle Verantwortung für alles Gesche-
hene zuzuwiesen — eine Winzermehrheit — und trat im übrigen
für die Vertagung ein. Der Mehrheitssozialist Müller-Granten
warf den Gedanken einer Nachsitzung in die Diskussion. Er war
aber sichtlich selber davon überzeugt, daß er damit auf allgemeine
Ablehnung stoßen würde, und der Reichsaussenminister jagte auch
sicher, daß auch daran nicht zu denken wäre, weil die Note wahr-
scheinlich überhaupt erst in der Nacht abgehen würde. Man debatierte
noch ein Welchen weiter, aber das Ende war natürlich, daß
man warten wollte. Die Abstimmung ergab eine Mehrheit für die
Vertagung auf heute, Montag, und mit diesem Beschluß ging
man auseinander.

Herford u. Minden-Ravensberg.

Nur wo Körper- und Geistttigkeit in gewrtet
lebendiger Wechselwirkung stehen, ist wahres Leben.
Mäder.

25. April.

Vom Sonntag.

Schon hatte der Chronist angeflcht des schönen Sonn-
abends die Feder angelegt zu einem neuen Lobgesang auf
den Frühling. Es war ein Sonntag hell und klar, ein selten
schöner Tag im — April, da gemahnte der für alle Men-
schenwnsche taube und verständnislose Jupiter pluvius
an die Wahrheit des alten Sprichwortes, daß besagt, man
soll den Teufel nicht an die Wand malen. Was der Sonn-
abend versprach, daß hat der Sonntag zunichte gemacht
und mit dem beabsichtigten Spaziergange war's wieder
einmal nichts, denn „da gießt unendlicher Regen herab“. Die ganze
Familie machte ein Gesicht wie „drei Tage Regen-
wetter“, aber es gibt auch eine große Anzahl Menschen, die
sich über die Witterung am Sonntag freuen, und die Ent-
täuschung Derer, die gestern einen „Reinfall“ erlebten, war
nur vorübergehend. Wollen wir doch den unermesslichen
Segen nicht verkennen, den das unbezahlbare Ra von oben
unserm Volke bringt! Nur wenige Tage noch trennen uns
von dem Termin, an dem unsere „ehemaligen“ Feinde uns
mit neuen Gewaltmaßnahmen das Fell über die Ohren zu
ziehen gedenken, und der Ministerpräsident, der für sich
sagte, seit dem dreijährigen Kriege habe unser Vater-
land nicht so schwer gelitten, als heute, hat nur allzu recht
gesprochen. Deshalb müssen wir für jede Gabe, auch für
die geringste, heute dankbar sein und die Früchte des Feldes
aufheben und gedeihen zu sehen, kann uns nur wieder neuen
Mut zum Tragen einer schweren Brde verleihen. Groß
ist die Not des deutschen Volkes! Sie zu erfassen und ver-
stehen zu lernen, war der Inhalt der gestern gehörten Pre-
digen.

Während die israelitische Gemeinde am Sonn-
abend und Sonntag ihre Passcha feiert und der Pre-
diger in der Synagoge zu seiner zahlreichen Gemeinde
redete, versammelten sich die evangelischen Gemein-
den in ihren Gotteshäusern, um Paulus' Worten aus dem
Kerker von Rom zu lauschen. Im Anschluß fand in allen
Kirchen die Einführung der neu gewählten Mitglieder der
Presbyterien statt. Von allen Kanzeln wurde ferner
gestern ein Entsch des Gv. Oberkirchenrats in Berlin be-
kanntgegeben, der in herzlichsten Worten des Hinscheidens der
früheren Kaiserin gedachte. Am Nachmittag beging Her-
ford sein Cantatefest, welches das große Münster
Gotteshaus mit hiesigen und vielen auswärtigen Gästen
fllte. Zum 30. Male wurde es gefeiert und ist so zu einem
volkstmmlichen Feste geworden. In Wort und Gesang spie-
gelte sich auch in dieser Feier die Not der Zeit wider, ganz
anders als vor dem unglückseligen Kriege, da das Fest zu
einer frohlockenden Feier wurde. Aber auch in der gestrigen
Feier fehlte es nicht an Zuversicht und Hoffnung, die nicht zu
Schanden werden lässt!

Trube Zeiten durchleben wir, schwere stehen uns ohne
Zweifel noch bevor. Wie der bleigraue Himmel am gestri-
gen Sonntag uns jede frohe Stimmung zu nehmen schien,
wie er scheinbar einstimmte in unsern Klagegesang, so sehen wir
doch andererseits ein frisches Sprühen und Grünen. Das
und mit neuer Hoffnung erfüllt; und darum wollen wir
drben wir nicht verzweifeln in dieser Welt, auf der es eine
Luft sein soll, zu leben, und in der nur die Menschen besser
sein könnten. Ein schon längst vergilbtes Blatt fliegt
bei solcher Betrachtung auf den Schreibtisch. Eine liebe
Hand hat vor langen, langen Jahren daraufgeschrieben:

Die Welt wird schöner mit jedem Tag.
Man weiß nicht, was noch werden mag.
Das Wählen will nicht enden.
Es blht das fernste, tiefste Tal.
Nur, armes Herz, vergiß der Dual;
Nur muß sich alles, alles wenden!

Herforder Eisenbahndiebsthle.

Millionenschden.

Eine Eisenbahndiebstahlsaffre wird gegenwärtig eifrig
in unserer Stadt und weit darüber hinaus besprochen. Wie
es scheint, haben die vor einigen Wochen auftauchenden Ge-
rchte leider nicht nur ihre Beftigung erfahren, sondern
jeden Tag bringt neue Kunde von umfangreichen Diebst-
heben, die sich auf verschiedenen Bahnhöfen der Umgegend
ganz besonders aber auch auf dem hiesigen Güter-
schuppen zugetragen haben. In maßgebender Stelle
eingezogene Erkundigungen gestatten uns zwar auch heute
noch nicht, genauere Angaben über den Umfang der Ver-
untreuungen zu machen, weil die Untersuchungen in der
stndigen Affäre ein Ra von Einzelheiten spinnen, aus
dem sich selbst für die Behörden noch kein klares Bild ent-
wickelt hat. Die Untersuchung ist in vollem Gange, dürfe
aber — wie man unserm Berichterstatter versichert — noch
längere Zeit in Anspruch nehmen. Wir können uns deshalb
vorläufig nur auf die Wiedergabe dessen beschränken, was
bisher allgemein bekannt geworden ist. Es sind bereits an
die 30 Verhaftungen erfolgt, jedoch die Ungetreuen
im Zellengefngnis untergebracht werden müssen. Mit
dieser Zahl ist die Liste der Schuldigen aber keineswegs ab-
geschlossen; sie vermehrt sich täglich und immer neue Unter-
schleife werden bekannt. Die Staatsanwaltschaft entsandt
Kriminalbeamte, denen es gelang, Aufklärung zu schaffen.
Diese hielten plötzlich, begleitet vom ortskundigen Führer,

etwa 90 Hausdurchsuchungen

ab, die zu überraschenden Folgen führten. Der hier und
da ausgetrochene Satz, „Sie haben wie die Raben gestohlen“,
bestätigt sich leider. Die einzelnen Güterschuppen hier und
in der Umgegend — man spricht von Bielefeld, Deynhausen
und anderen — haben in vollendetster Organisation ge-
standen und der Umfang der Veruntreuungen bedarf, wie

25. April.

des schönen Sonnen
Lobgesang auf
und klar, ein seltsam
der für alle Ma-
Jupiter pluvius
das besagt, man
Was der Sonne
junichte gemacht
war war's wieder
Regen herab".
drei Tage Regen-
ahl Menschen, die
ten, und die Ent-
all" erlebten, war
en unermeßlichen
re Naß von oben
noch trennen und
igen" Feinde und
über die Ohren zu
dent, der furcht-
abe unter Wasser
at nur allzu recht
e Gabe, auch für
früchte des Feldes
nur wieder neuem
verleihen. Groß
erfassen und ver-
erhöhen gehörten Pre-
einde am Sonn-
ung und der Pro-
reichen Gemeinde
ißen Gemein-
orten aus dem
uß fand in allen
n Mitglieder der
eln wurde fern
ats in Berlin be-
Hinscheidens der
tage beging Ge-
große Altstädter
wärtigen Gästen
nd ist so zu einem
nd Gesang spie-
Zeit wider, ganz
da das Fest zu
in der gestrigen
g, die nicht zu
stehen uns ohne
immel am gestri-
zu nehmen schien.
lieb, so sehen wir
und Grünen, daß
rum wollen und
t, auf der es eine
e Menschen besser
Blatt fliegt und
tisch. Eine liebe
aufgeschriebe:
Tag,
den mag.
al:
!
ähle.
egewärtig eifrig
s besprochen. Wie
aufstehenden Ge-
erfahren, sondern
angehenden Diebe-
n der Umgegend.
figen Gäste
gebender Stelle
war auch heute
Anfang der Ver-
schungen in der
ten spinnen, aus
klares Bild ent-
en Gange, dürfte
verfichert — noch
men uns deshalb
beschränken, was
s sind bereits an
s, die Untertanen
n mußten. Mit
er keineswegs an-
mer neue Unter-
tschaft entlan-
ung zu schaffen.
indigen Führern.
Der hier und
haben gestohlen",
schuppen hier und
Dohnsen
Organisation ge-
ngen bedarf, wie

ragt, noch weiterer Aufklärung. Leider sind auch Ange-
stellte und Beamte an den Diebstählen beteiligt. Der ange-
richtete Schaden soll in die Millionen gehen.

h. Das vorläufige Ortsklassenverzeichnis. Wie die
Sippische Landeszeitung aus zuverlässiger Quelle erfährt,
wird das neue, vom Reich aufgestellte vorläufige Orts-
klassenverzeichnis eine Anzahl von Änderungen bringen.
Die den teurer gewordenen Verhältnissen entsprechen. Die
endgültige Eingruppierung der Orte soll erst später erfolgen
und wird vor einem halben Jahre sicher nicht abgeschlossen
werden können. Die vorläufige Gruppierung weist Ge-
ford nach Klasse C, Löhne, Eger und Bünde
nach D, Bad Salzungen nach C. Von sonstigen Orten seien
noch genannt: Detmold D, Bielefeld C, Minden C, Motho D,
Münster D, Bielefeld D, Stadthagen D, Hameln D, Hö-
ster D, Hofmünden D, Paderborn C, Münster B, Dort-
mund A, Bad Lippringe C, Bad Nenndorf C, Bad Deyn-
hausen C, Bad Driburg D, Bad Pyrmont C, Bad Wil-
dungen C, Arolsen D, Sippstadt C, Brilon D, Siegen B,
Olpe C, Meschede D, Arnsberg C, Soest C, Södingen D,
Jesolo D, Hamm B, Unna B, Hagen A, Witten A,
Bochum B, Gelsenkirchen A, Porta D, Hausberge D, Bie-
brück D, Halle i. W. D, Brackwede C, Sietel C, Schilde-
be C, Gütersloh D, Rheda D, Altenbeken D, Marien-
loh D, Sennelager D.

h. Abwägung auf die Mieter? In der Düsseldorf-
Stadtverordneten-Versammlung stand kürzlich die Er-
höhung der Wasserpreise zur Besprechung. Dabei
machte laut Rdn. Btg. ein Mitglied der Zentrumsfraction
folgende für alle Hausbesitzer und Mieter wichtige Mittei-
lung: „Er, der Stadtverordnete, sei dieser Tage im Wohl-
fahrtsministerium in Berlin gewesen, und dort habe ihm
Justizminister Krüger folgendes mündlich erklärt: Das Wohl-
fahrtsministerium hält es für das richtige, daß, falls neue
Kommunalbelastungen für die Hausbesitzer beschloffen wer-
den, in derselben Sitzung ein Beschluß gefaßt wird, daß diese
Lasten auf die Mieter abgewälzt werden können. Kommt
ein solcher Beschluß nicht zustande, so hat der Vorsteher
des Mietvereinsamts in einer solchen Gemeinde das
Recht, eine Bekanntmachung dahingehend zu erlassen, daß,
wenn solche Zuschläge vom Vermieter beim Mietvereins-
amt beantragt werden, sie ohne weiteres genehmigt werden.
Im anderen Fall sollen die Hausbesitzer streiken und den
von den Gemeinden beschlossenen Zuschlägen die Zahlung
verweigern.“ — Wir können die Richtigkeit der Meldung,
die sehr bemerkenswert ist, nicht nachprüfen.

— Westfälischer Sängerbund C. B. Der Bundesaus-
schuß des Westfälischen Sängerbundes beschloß in seiner
letzten Sitzung, im Jahre 1922 in Bochum oder Dortmund
ein großes Sängerbundest zu feiern. Die Entscheidung
dafür soll dem zum 2. Oktober d. J. nach Dortmund zu
berufenden Sängertage überlassen werden. Der Bund ist
ein Glied des deutschen Sängerbundes und zählt zur Zeit
269 Vereine mit 11870 singenden Mitgliedern; auch die
ersten und besten Vereine von Westfalen und Lippe sind ihm
angeschlossen. Eine Reihe von Unterverbänden sorgt für
die Entwicklung des Männerchorwesens selbst in den ent-
legenen Teilen des Bundesgebietes. Ein wertvolles
Bindeglied des Bundes sind seine vorzüglichen Liederbücher,
die das Beste unserer Männerchorliteratur enthalten und
zu einem verhältnismäßig billigen Preise abgegeben werden.
Mit den Konzeptschreibern sollen besondere Verträge
abgeschlossen werden, um für die Vereine günstige Bedin-
gungen zu erzielen. Anmeldungen und Anfragen sind zu
richten an die Geschäftsstelle des Westfälischen Sängerbun-
des in Dortmund, Liebigstraße 3.

h. Gesellschaftsabend der „Sängervorte“. Der Brin-
mann'sche Festsaal beherbergte am Sonnabendabend ein
zahlreiches Publikum zu einem Gesellschaftsabend des Män-
nervereins „Sängervorte“. Was wir von früheren Festlich-
keiten dieses Vereins berichten konnten, das bestätigte sich
auch am letzten Sonnabend wieder: Der gutbesetzte Chor
machte in verschiedenen Vorträgen seinem Namen alle Ehre.
Dazu hatten diesmal talentierte Kräfte ein zweifaches Lust-
spiel „Müller und Müller“ eingeübt, das die mitwirkenden
Damen und Herren äußerst wirkungsvoll auf die Bretter
brachten. Stürmischer Beifall lohnte alle Darbietungen,
denen sich dann ein Kränzchen angeschlossen.

g. Der Kameradschaftliche Verein hatte für vorgestern Abend
seine Mitglieder zu einer Hauptversammlung im „Haus der Väter“
eingeladen. Kamerad Dubbert gedachte vor Eintritt in die Tages-
ordnung der heimgegangenen Kameraden. Der Vorsitzende
dann über die Beschlüsse auf dem letzten Kreisriegerverbandstage
auf. Die Kameraden Schaffer und Meyer gaben dann die Kas-
senberichte. Die Sterbekasse schloß ab mit einem Bestande von 23 250 M.,
die allgemeine Kasse mit 1584,33 M. und die Richard Westmann-
Stiftung mit rund 10 000 M. Sämtliche Kassen waren von den
Kameraden Büßer, Pilgrim und Jürgensmann geprüft. Auf ihren
Antrag wurden die Rechnungsführer entlastet. Aufgenommen wurden
acht neue Mitglieder. An Stelle des Kameraden Cappel, der
sein Amt niedergelegt hatte, wurde Kamerad Vinne einstimmig zum
Vereinsboten gewählt. Es wurde dann ferner mitgeteilt, daß an
der Sitzung des Provinzialverbandes in Haltingen Kamerad Dub-
bert, an der Jubelfeier des deutschen Kriegerbundes am 19. Juni
am Aufhäuser Kamerad Jürgensmann, an der deutschen Krieger-
woche in Lübeck die Kameraden Dubbert und Jürgensmann teilnehmen
werden. Zum Schluß gab der Vorsitzende ein Bild von der Ange-
staltung des Kriegervereinswesens und der Schriftführer sprach über
das Unterstützungsweisen und die Wohlfahrtsvereinsarbeit. An das
Verbands-Kriegertreffen in Eger und an die Jahreshauptversammlung
des 55er wurde erinnert und zur zahlreichsten Teilnahme eingeladen.
Die überaus anregende Veranstaltung, die verhältnismäßig gut be-
sucht war, wurde mit einer Verlesung geschlossen.

h. Der Stenographenverein „Stolze-Schrey“ beteiligte sich ge-
stern mit 55 Mitgliedern an der 19. Tagung des Minden-Rosens-
berger Kreises der Stenographen, die in Rheda stattfand. Das
Kreisfest war mit dem üblichen Wettstreiten verbunden; die
Stenographie, den „Wanderpreis“, erzielte der Gütersloher
Verein.

— Jacobson-Eggert-Konzert im Weinstub. Uns wird geschrie-
ben: Wir vermissen nicht, noch einmal auf das Konzert am Dien-
stagabend 8 Uhr im Weinstub hinzuweisen. Im Hinblick auf das
andere Programm (Werke von Händel, Bach, Brahms)
und das Können der Künstler, die sich auf ihrer Konzertreise durch

Westdeutschland in kurzer Zeit einen Namen gemacht haben, ver-
spricht der Abend den musikliebenden Gerngänger einen reichen
Kunstgenuss, so daß den Künstlern auch hier ein voller Saal zu
wünschen ist.

Bad Ceynhagen. Der hiesige „Anz. und Tgl.“ schreibt unterem
22. d. M.: Wilde Gerüchte, die nichts Geringeres besagten, als daß
das Deutsche Reich den Staatsbankrott erklärt habe, sind, wie man
uns von vielen Seiten mitteilt, seit heute früh im Umlauf. Diefem
Gerüchte gegenüber kann nur mit allem Nachdruck festgestellt werden,
daß von einem Staatsbankrott keine Rede ist. Unschonend haben
die Gerüchte ihren Ursprung in der leicht mißzuverstehenden großen
Lieferchrift eines heute morgen herausgegebenen Hannoverschen
Blattes. — (Gemeint ist natürlich der tendenziöse „Hann. Courier“.
Die Red.)

hd. Hausberge. Ernannt wurde vom Oberpräsidenten
der bisherige Amtsverwalter Regierungssassessor Günther
aus Kiel zum Amtmann für das Amt-Hausberge.

Minden. Eine erfreuliche Belebung der Bautätigkeit und Be-
hebung der Wohnungsnot steht hier bevor. Bereits am 1. Mai soll
mit dem Bau von 28 Wohnhäusern begonnen werden, die das
Wasserbauamt Minden an der verlängerten Stiftstraße hinter der
Kanalbrücke errichten läßt. Ebenso erfreulich ist, daß die Arbeiten
zu diesen Bauten ausschließlich an hiesige Unternehmer vergeben
werden sollen. Ein Zuschlag ist bisher noch nicht vorgenommen.

Halle i. W. Ein zeitgemäßes Verbot, das man hier getroffen
hat, lautet dahin, daß jugendliche Personen, und zwar männlichen
Geschlechts bis zum vollendeten 17. und weiblichen Geschlechts bis
zum vollendeten 16. Lebensjahre an öffentlichen Tanzlustbarkeiten
nicht teilnehmen, auch in den zum Aufenthalt für die Teilnehmer
an solchen Lustbarkeiten bestimmten Räumen nicht verweilen dürfen.

Aus Nachbarschaft u. aller Welt.

Hameln. Bei der Tageskasse der Gasanstalt ist hier kürzlich
eine Veruntreuung aufgedeckt worden. Die Geldgeschäfte der Gas-
anstalt werden wie diejenigen anderer Zweige der städtischen Ver-
waltung bei der Kassenrevision geführt; aber für den Kassenverkauf
und einige andere Nebengeschäfte wird noch eine besondere Kasse bei
der Gasanstalt geführt, die ihren Bestand regelmäßig an die Kasse-
mei abzuführen hat. Als nun vom 1. April ab eine Vernehmung
bei dieser Handkasse der Gasanstalt vorgenommen wurde, stellte sich
heraus, daß der Beamte Kassenmann, der die Kasse seit 1915 führt,
Unterzahlungen begangen hat. Er selbst gibt zu, 12 000 M. ver-
untrent zu haben; die eingeleitete Untersuchung muß das Weitere
ergeben. Der ungetreue Beamte wurde verhaftet.

Wb. Stahlfurt. In der vorgeworgenen Nacht entstand in dem
Braunfahnenstich „Eckar“ der Malmerwer Westeregeln eine Explo-
sion schlagender Wetter, durch die 30 Vergleute getötet wurden.
Sie konnten wieder ins Leben zurückgerufen werden. Dagegen dürf-
ten vier Vergleute, die vermisst werden, der Explosion zum Opfer
gefallen sein.

Wb. Rostock. Montag Abend wurde die Eisenbahn- und Be-
triebsverhältnisse in der Schwaner Landstraße von einem Großfeuer
heimgesucht. Der Brand brach im Magazin aus, worin Oelbarrelle
und eine große Menge Material lagerten. Die Feuerwehr suchte
sich darauf zu beschränken, die umliegenden Werkstätten zu schützen,
da an ein Erhalten des Gebäudes nicht zu denken war. Die Ent-
stehungsurache ist vermutlich in Selbstentzündung zu suchen. Die
Arbeit in den Werkstätten wurde nicht eingestellt.

Wb. Paris. Nach einer Meldung der „Chicago Tribune“ aus
Albany ist dem früheren Präsidenten Wilson, der sich als Rechts-
anwalt zu betätigen wünscht, durch einen Beschluß des Senats die
vorgeschriebene Prüfung vor Gericht erlassen worden, jedoch gegen
den Widerspruch von zwei Senatoren, die dem früheren Präsidenten
keine Sonderrechte einzuräumen wünschten.

Kommunisten-Prozess.

Wb. Heidelberg. Die Räuberbande Hof stand jetzt vor dem
Heidelberger Schwurgericht. Der Angeklagte Schloffer Wilhelm Hof
wurde wegen räuberischer Erpressung zu einer Gesamtstrafe von 10
Jahren Zuchthaus, 8 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizei-
aufsicht, der Rader Heinrich Schmidt wegen Anstiftung zu 8 Jahren
Zuchthaus, 8 Jahren Ehrverlust und Stellung unter Polizeiaufsicht
verurteilt. Zwei weitere Angeklagte erhielten längere Gefängnis-
strafen.

Wb. Halberstadt. 22. April. Das Sondergericht in
Halberstadt fällt nach zweitägiger Verhandlung das Urteil
gegen eine Reihe von Kommunisten wegen Beteiligung an
dem Dynamitraub auf dem Schacht Braunesumpff bei Blan-
kenburg während der Märzunruhen. Es erhielten wegen
schweren Raubes und Verbrechen gegen 5 und 7 des
Sprengstoffgesetzes der Angeklagte Maher aus Nischersleben
10½ Jahre Zuchthaus, sechs Angeklagte je 5 Jahre, drei An-
geklagte je 3 Jahre, vier Angeklagte je 2½ Jahre, ein An-
geklagter 2 Jahre und 2 Monate Zuchthaus. Drei An-
geklagte erhielten Gefängnisstrafen von 3 Jahren bis 3 Mon.

Entdeckung neuer mitteldeutscher Aufruhrpläne.

Die Kriminalpolizei in Halle verhaftete den von Berlin nach
Halle entsandenen neuen kommunistischen Bezirksleiter Goers, der sich
hier bei einem Kommunisten unter falschem Namen aufhielt. Es
ergab sich, daß er eine Neuorganisation des kommunistischen Auf-
rubes in Mitteldeutschland in die Wege leiten sollte. Man fand
neue Pläne über die Organisation und die Abhaltung neuer Konfe-
renzen kommunistischer Vertrauensleute.

Halle. 23. April. Der Kommunistenführer Heinrich Pösch, der
während der mitteldeutschen Unruhen in Leunawerke den Aktions-
ausführer leitete, wurde wegen Hochverrats vom Sondergericht in
Ramburg zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Aufklärung des Bochumer Millionenraubes.

Von den fünf Räubern, die auf der Erstenhüder Chauffee
einen Geldtransport der Bede Smider-Sippe überfallen, mehrere
Begleiter erschossen und über zwei Millionen Mark erbeutet hatten,
war es der Kriminalpolizei schon vor längerer Zeit gelungen, vier
Mitglieder der Räuberbande zu ergreifen, ohne daß es jedoch mög-
lich war, den Urheber und Leiter des Anschlages, den ehemaligen
Geschäftsreisenden Wilhelm Müller, zu verhaften. Jetzt ist es ge-
lungen, Müller in Wiegitz zu entdecken und festzunehmen. Müller
hatte dort, nachdem es ihm gelungen war, unbemerkt aus Berlin zu
entfliehen, unerkannt in einer Pension gelebt und war ab und zu
nach Breslau und Sagen gefahren, um die von seinem Mithaus für
ihn eingegangene Briefe von dort abzuholen. Es gelang den Be-
amten, den Raubmörder so überraschend festzunehmen, daß er sich
nicht zur Wehr setzen konnte. Von dem geraubten Gelde sind in
den letzten Wochen wieder größere Summen gefunden und beschlag-
nahmt worden. Nachdem die Polizei zuerst eine auf dem Bahnhof
Alexanderplatz in Verwahrung gegebene Kiste, in der 175 000 M.
versteckt waren, entdeckt hatte, beschlagnahmte sie vor einigen Tagen
in einem „Depot“ am Zeltortkanal 120 000 M. Weitere 17 500 M.
wurden in dem Chauffeegraben zwischen Grünau und Schmöckwitz
vergraben aufgefunden.

Der Schrecken des Berliner Westens.

Eine 40köpfige Einbrecherbande festgenommen.

Berliner Blätter berichten: Nach monatelangen Bemühungen ist
es jetzt gelungen, die ganze Einbrecherbande und ihre Helfer, die
die großen Teppichdiebstähle ausführten, hinter Schloß und Riegel
zu bringen. Der Wert der gestohlenen Teppiche beläuft sich auf
viele Millionen.

Nach den angestellten Ermittlungen durchstreiften die Täter
abends die stillen Straßen des Westens und beobachteten durch die
erleuchteten Parterrefenster der Villen das Treiben der Bewohner,
wobei sie ihr besonderes Augenmerk auf wertvolle Teppiche richteten.
Nachts stahlen sie dann dem betreffenden Hause einen Besuch ab.
Im Dezember vorigen Jahres gelang es der Kriminalpolizei, zwei
der Täter, den Chauffeur Karl Zoll und den Kellner Fritz Teck, auf
frischer Tat zu ergreifen. Wie groß die Anzahl der gestohlenen
Teppiche war, geht schon daraus hervor, daß im Polizeipräsidium
am Alexanderplatz im Januar dieses Jahres eine große Teppichaus-
stellung veranstaltet werden konnte, aus der vielen der Bestohlenen
ihre Eigentum wieder zurückgegeben werden konnte. Der Haupttäter,
ein aus der Irrenanstalt Landsberg entlassener gewisser Rudolf
Kästler, flüchtete nach Holland. Der Landwirt Winfried von Sgub,
der mit ihm in der Irrenanstalt gefesselt hatte, konnte zwar fest-
genommen werden, wurde aber wegen Geisteskrankheit wieder ent-
lassen und setzte seine Schwindeltaten fort. Er trat als Baron von
Sgub und Gassendorf auf, betrat die Tochter eines Zimmermeisters
in einem westlichen Vorort, verleitete sie sogar dazu, ihren eigenen
Vater zu beschleichen, und verschwand dann mit ihr spurlos.

Als Helfer wurden nun schnell hintereinander der Teppich-
händler Paul Engelmann, der Schlosser Richard Bransch, der Juwe-
lier Arthur Bernstein, der Kaufmann Gabriel Schwarz und der
Kaufmann Wilhelm Krügel in Berlin verhaftet. Die meisten Teppiche
wurden sogleich nach dem Einbruch zu Bernstein nach dessen
Geschäftslokal gebracht. Ein anderer Teil der Beute kam zu einer
Frau Mantel, der Schwester des Teck, in Verwahrung, der Gelieb-
ten des flüchtigen Kästler.

Da die Teppichdiebstähle nicht nachließen, legte die Kriminal-
polizei ihre Nachforschungen fort und kam einer zweiten Einbrecher-
kolonne auf die Spur. Man ergriff die Brüder Brenner und
Sauer bei einem Einbruch in der Kolonie Grönewald, auch Kästler,
der nun ein Geständnis ablegte. Die Ermittlungen ergaben weiter,
daß beide Kolonnen gemeinschaftlich gearbeitet hatten. In einem
Pensionat am Kurfürstendamm trafen sämtliche Mitglieder der
Bande zusammen und feierten dort nächtliche Orgien.

Im vorigen Jahre wurde das Pensionat verkauft und Brenner
eröffnete ein Weinlokal, dessen Besucher fast nur aus Mitgliedern
dieser Einbrecherbanden bestand. Als die Polizei dem Weinlokal
ihre Aufmerksamkeit schenkte, wurde es verkauft und Brenner
etablierte sich als Hausbesitzer in Neutölln. Ein Mitglied dieser
Bande ist ein gewisser Erich Kessel, der u. a. auch in die Chilenische
Gesandtschaft einbrach. Als Helfer dieser Teppichdiebe verhaftete
man den Bäckermacher Alfred Richter, den ehemaligen Hotelober-
kellner Göhmann und andere. Der letztere kaufte einen Posten Teppiche
im Werte von 80 000 M. für 11 000 M., wovon er 6000 M.
anzahlte. Der Leiter der Bande war aber der Annoncenkaufmann
Max Schmied. Seine „Geschäftsverbindungen“ erstreckten sich bis
nach Dänemark, wohin ihm auch einmal Teck und Zoll folgten, als
er mit einer größeren Geldsumme durchgegangen war. Schmied hielt
sich verborgen, konnte jetzt aber in Leipzig festgehalten werden.

Kleine Nachrichten.

In Mansfeld entdeckte die Polizei eine Falschmünzerbande,
die sich die Leiter der Aufwahrungsbewegung hergestellt hatten. — Die
Kriminalpolizei in Wolfenbüttel verhaftete eine Falschmünzer-
bande, die seit einem Jahre für über 200 000 M. falsche Scheine
hergestellt und vertrieben hat. Die Polizei vermutet Helfershelfer
dieser Falschmünzer in Berlin, Leipzig und Glatbach. — Auf den
Besitzer der „Weißen Mühle“ in Rosenburg bei Breslau ver-
urteilten vier Mordegefallen einen Raubüberfall, nachdem sie in Er-
scheinung gebracht hatten, daß er in einem Wanderversch 100 000 M.
verberge. Beide Eheleute wurden erschossen, doch fanden die Räuber
den Schatz nicht und zogen mit 14 000 M. Bargeld ab. Alle Beteilig-
ten konnten von Landjägern verhaftet werden. — Im Untergrund-
bahnhof Alexanderplatz bei Berlin warf sich ein Ingenieur
Martin Bremer vor den Zug, der ihn den Kopf vom Rumpfe
trennte. — Durch Auffahren einer Lokomotive auf einen im Bahn-
hof Wolmirstedt haltenden Personenzug wurden 20 Reisende
leicht verletzt. Zwei Wagen und beide Lokomotiven wurden be-
schädigt. — Das Erfurter Sondergericht verurteilte den Maurer
Alfred Schelle, bei dem man Munition und Sprengstoffe fand, zu
einhalb Jahren Gefängnis. Der Schachtorbeiter Elise aus Stod-
hausen erhielt 6, der Konditor Bruno Boettcher aus Nordhausen 7
Jahre Zuchthaus, die den Dynamitanschlag auf die Bahnhofs-
Wolframshausen-Nordhausen verübt haben. — In Münster hat sich
eine Westfälische Gemüsebau-Vereinigung G. m. b. H. gebildet, der
sich zahlreiche Gärtner und Landwirte des Stadt- und Landkreises
angeschlossen haben. — In Essen wurde der Redakteur
Werner vom „Mühreth“ wegen Aufreizung zum Hochverrat zu zwei
Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Staatsanwalt hatte sieben Jahre
Zuchthaus beantragt. — Das Schwurgericht in Dortmund ver-
urteilte die Arbeiter Wittig und Stord, die am Abend des 5. Nov.
in das Postamt an der Münsterstraße eindringen, die Beamten mit
Gewehren bedrohen und 47 000 M. Papiergegeld stehlen, zu 12 Jah-
ren Zuchthaus, Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte auf 10 Jahre
und Stellung unter Polizeiaufsicht.

Die Stadt Halle a. S. hat durch die Mißwirtschaft des flüch-
tigen kommunistischen Stadtrats Osterburg, der die Verwaltung des
städtischen Holzplatzes leitete, Verluste erlitten, die auf annähernd
2½ Millionen Mark geschätzt werden. Etwa die Hälfte der dort
liegenden Holzvorräte, d. h. rund 150 000 Zentner, ist verdorben.
— Bei der Ortskassentasse in Gevelsberg wurden Unterschla-
gungen aufgedeckt. Bisher hat sich ein Fehlbetrag von 50 000 M.
ergeben. Der Rendant ist geflüchtet. — Die Stadt Bernburg
hat den Betrieb ihrer elektrischen Straßenbahn wegen Unrentabilität
vollständig eingestellt. — Die Stadt Eisenach gibt zu der anläß-
lich der Markburgzeit Luther's am 4. und 5. Mai d. J. hier stattfin-
denden Lutherfeier Notgeldscheine mit Bildern aus der Markburg-
zeit des Reformators in Serien von 6 Blatt und Porzellangeld mit
dem Lutherbild nach Cranach ausgeführt von der Staatlichen Por-
zellanmanufaktur in Meissen aus. — Die starken Nachfröste der
letzten Tage haben auf dem bis 420 Meter über dem Meeresspiegel
liegenden Eichsfelder Hochplateau die überreiche Kirchscheide
verwundet und auch an Frühbirnen und Apfelbäumen großen Schä-
den angerichtet. Selbst Winterhaften und Aale haben gelitten.

Sport.

Ungünstiges Wetter verhinderte das zu gestern angelegte Wett-
spiel. „Spiel und Sport“ Bielefeld erschien nicht auf dem Kampf-
felde. Das Spiel wird am einem der nächsten Tage ausgetragen
werden.

Herforder Zeitung

Bezugs-Preis 4.00 Mark

monatlich. Bei Postbezug 4.00 Mark und Bestellgeld. Die Zeitung erscheint täglich, außer Sonn- und Feiertag, mittags

für Stadt

Druck und Verlag Fr. Kühle
Geschäftsstelle: Herford,
Rennstraße 29/31



und Land

Fernsprecher Nr. 83 und 161
Postfachkonto Nr. 5796
Schneidmühlentor

Anzeigenpreis 30 Pfennig

die 1. Spalte 1. Millimeterzeile oder deren Raum für Stadt u. Landkreis Herford, sonst 25 Pfennig. Kleinanzeigen die Zeile 2.00 Mark.

Generalanzeiger für Stadt- und Landkreis Herford

Amstlicher Anzeiger für Stadt- u. Landkreis Herford

Nr. 95.

Herford, Montag, den 25. April 1921

39. Jahrgang

Der Engländer Morel über die Frage der Schuld am Kriege.

Der Engländer E. D. Morel, der Sohn eines französischen Vaters, der früh starb, und einer englischen Mutter, hat vom Beginn des Krieges an in Wort und Schrift die Ansicht vertreten, daß „es der Wahrheit und Gerechtigkeit und dem gesunden Menschenverstande widerspricht, einer Seite die ganze Schuld für die Katastrophe zuzuschreiben“. Schon im August 1914 gründete er mit einigen gleichgesinnten Männern die „Union of Democratic Control“, die im November vorigen Jahres schon erheblich über 1 Million Mitglieder zählte, darunter auch hohe Offiziere. Sie erkläre, wie Morel sagt, u. a. nach dem Scheitern des erhofften Friedens, ihre erste Aufgabe darin, unermüdlich auf Revision des Friedensvertrages hinzuwirken, der auf der alleinigen Schuld Deutschlands am Kriege beruhe. Behauptete doch Lloyd George noch am 3. März d. J.: „Für die Verbündeten ist die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg von grundlegender Bedeutung. Sie ist die Grundlage, auf welcher der Bau des Vertrages von Versailles errichtet ist, und wenn diese Anerkennung abgelehnt oder fallen gelassen wird, so ist der Vertrag hinfällig. — Die deutsche Verantwortlichkeit für den Krieg muß von den Verbündeten als eine hohe Jüge behandelt werden“.

Nun hat Morel schon in seinem Buche Truth and the War (Die Wahrheit und der Krieg), das zuerst 1916 erschien und dessen wichtigste Kapitel über die Schuldfrage in der Uebersetzung von Sir unter dem Titel „Ein gerechter Engländer über die Schuld am Kriege“, 1920, bei Hans Albert Engelmann-Berlin nun zugänglich gemacht worden sind, die Beweise dafür beigebracht, daß der Krieg ein Krieg der geteilten Verantwortung sei. Er hat aber unermüdlich weitere Beweise für seine Ansicht gesammelt und als Sekretär der „U. D. C.“ und Herausgeber des Organs derselben, der seit Juli 1919 erscheinenden sehr empfehlenswerten Monatschrift „Foreign Affairs“, die durch S. R. Engelmann's Vermittlung zum Bezugspreise für Deutschland von 8 M jährlich zu haben ist, veröffentlicht. In der letzten erschienenen April-Nummer steht ein Aufsatz von Morel: „Die vernichtende Legende“, aus dem wir hier den Abschnitt wiedergeben, der die Ueberschrift trägt: „Was wir seit dem Kriege erfahren haben.“

Warum muß diese Legende von dem deutschen Komplotz, wonach Deutschland über ein abgemessenes Europa den Krieg entfesselt habe, von allen ehrlichen und weitblickenden Geistern von neuem geprüft werden? Weil sie, unhaltbar, wie sie war, schon als der Krieg ausbrach, durch Bekanntnisse und Enthüllungen seit dem Kriege geradezu lächerlich geworden ist. Weil wir unter anderem wissen, daß das zaristische Rußland sich seit dem Frühling des

Jahres 1909 in wirksamer Weise auf den Krieg gerüstet hatte und daß diese Rüstungen während der Jahre 1912 bis 1913 und des Frühjahres 1914 eine ungeheure Ausdehnung erreicht hatten. Weil wir jetzt wissen, daß der Mord des österreichischen Thronfolgers eine Tat war, die den Höhepunkt einer serbischen Militärorganisation bezeichnete, welche die serbische Regierung in ihrer hohlen Hand hielt und deren Politik darauf ausging, Österreich zum Kriege herauszufordern. Weil wir jetzt wissen, daß die auswärtige Politik der serbischen Regierung von Petrograd diktiert wurde. Weil wir jetzt wissen, daß das zaristische Rußland in dem Februar, der dem Kriege ausbrach vorausging, beschloffen hatte, die Frage der Meerengen mit dem allerfrühesten Augenblick mit Gewalt aufzurollen — was den Krieg bedeutete. Weil wir jetzt wissen, daß der russische und der französische Generalstab in aller Eile übereingekommen waren, und zwar unter Mitwirkung des Jaren, daß eine allgemeine Mobilmachung als gleichbedeutend mit einer Kriegserklärung angesehen werden sollte. Weil wir jetzt wissen, daß die russische allgemeine Mobilmachung im geheimen schon zwei Tage, bevor sie zugegeben wurde, im Gange war, und daß französische Behörden davon Kenntnis hatten. Weil wir jetzt wissen, daß der britische und der französische Generalstab schon 8 Jahre lang vor Kriegsausbruch tätig für einen Krieg mit Deutschland zusammen gearbeitet hatten, wobei die strategischen Pläne so vollständig waren, daß sie sogar Vorbezüge trafen für die Erforschungen auf der Marschanweisung der britischen Truppen in Frankreich. Weil wir jetzt wissen, daß die britische Admiralität sich in ähnlicher Weise auf einen Krieg mit Deutschland vorbereitet hatte, indem sie mit der französischen Admiralität zusammenarbeitete, und daß der vormalige Erste Seelord dreimal dem König zu einem unvorhergesehenen Angriff auf die deutsche Flotte, ohne Kriegs-Erklärung, in Verbindung mit einer Landung an der pommerschen Küste drängte. Weil wir jetzt wissen, daß in dem dem Kriege ausbrach vorangehenden April der Grund zu einem anglo-russischen Flotten-Abkommen gelegt wurde, und daß russische und britische Flotten-Sachverständige von da ab angingen, gemeinsame Pläne für Kriegsoperationen gegen Deutschland in der Ostsee zu erörtern. Weil wir jetzt wissen, daß Deutschland große Mengen Korn an Frankreich und Rußland sogar bis unmittelbar vor dem Kriege verkaufte; daß Deutschlands Flotte zerstört war, als der Krieg ausbrach; daß hohe deutsche Armee- und Marine-Offiziere bis wenige Tage vor dem Unheil ereignis auf Urlaub waren.“

Morel ist der Ansicht, daß die genannten Tatsachen, die unschwer zu verzeichnen wären, zwar Deutschland nicht von seiner durchaus nicht leicht zu nehmenden Verantwortlichkeit für den Krieg freisprechen, daß sie aber mit dem Dogma von Deutschlands alleiniger Schuld aufräumen. Wenn man also nach der moralischen Grundlage für den Versailler

Vertrag und die „Sanktionen“ frage, so müsse die Antwort lauten, es geben keine solche. Europa werde nicht eher genesen, ehe es nicht gelinge, die giftigen Dünste zu zerstreuen, die aus der Kloake der Lüge aufstiegen.

Fr. v. Nischen.

Der Goldbestand der Reichsbank.

Ueber die Forderung des Reparationsausschusses an die Kriegslastkommission, daß der Goldbestand der Reichsbank sowie der Privatnotenbanken bis zum 1. Mai den Forderungen der Reichsbank in Köln und Koblenz überwiesen werden soll, haben wir bereits mehrfach berichtet. Er hat dieses Verlangen dadurch etwas schmählicher gemacht, daß er erklärt, dieser Teil des Metallbestandes könne weiter in den Ausweisen der Reichsbank aufgeführt werden, die deutsche Regierung dürfe aber ohne vorherige Ermächtigung durch den Wiedergutmachungsausschuß hierüber nicht verfügen. Die ganze Forderung der Entente verstoßt vollkommen gegen alle staatsrechtlichen Grundsätze. Die Bestände der Reichsbank gehören nicht dem Reiche, sie ist ein staatlich kontrolliertes privates Institut, ihre Gelder und somit auch das in Rede stehende Gold stellen privates Eigentum dar, über das von anderer Seite unter keinen Umständen verfügt werden kann. Daß es der Reichsbank gestattet sein soll, die Goldbestände in ihrem Status weiter zu führen, hat absolut nichts zu befehlen; es mag vielleicht nach außen hin noch einen, und dazu falschen Eindruck machen, aber sachlich würde das Gold für die Deckung der Banknoten ohne jede Bedeutung werden. Die Entente hat sich ja das Recht vorbehalten, ohne weiteres hierüber zu verfügen, wenn bestimmte Bedingungen nicht erfüllt werden. Also tatsächlich ist das Gold dann für die Reichsbank ausgeschaltet. Und daß die Entente genügend Mittel und Wege ausfindig macht, um nachzuweisen, daß die von ihr gestellten Bedingungen von Deutschland nicht im Wege sind, das ist nach den bisherigen Erfahrungen ohne weiteres als sicher anzunehmen; sie würde bei der ersten besten Gelegenheit kein Bedenken tragen, sich die Goldbestände anzueignen.

Die Folgen, die ein solches Vorgehen, sei es nun eine direkte Aneignung oder auch nur eine Deponierung an den genannten Orten, mit sich bringen muß, sind geradezu als katastrophal zu bezeichnen, und zwar nicht nur für Deutschland, sondern für die ganze Welt. Man muß sich wundern, daß nicht sofort von allen Seiten gegen ein derartiges Verlangen energisch protestiert wird; denn sowohl verschiedene Länder aus der Entente selbst wie zahlreiche neutrale Staaten sind an dem Fortbestand der deutschen Finanzwirtschaft in weitestgehendem Maße interessiert. Der Bestand des Auslandes an deutschen Banknoten, Darlehnsfaktoren, Schatzanweisungen usw. wird auf etwa 20—25 Milliarden Mark geschätzt, die ausländischen Banken haben Markguthaben in Höhe von etwa 25—30 Milliarden zu laufen, während des Krieges und nach ihm sind an Hypothek- und Industriebanknoten sowie an Reichs- und Staatsanleihen, die auf Mark lauten, etwa 25 Milliarden ins Ausland gegangen, laufende Handelskredite sind in derselben Zeit zum Teil auf Mark, zum Teil auf ausländische Devisen laufend, im Betrage von etwa 15—20 Milliarden aufgenommen. Das Interesse des Auslandes läßt sich also, in Ziffern ausgedrückt, auf etwa 85 Milliarden Mark berechnen. Hieran ist in erster Linie Amerika beteiligt, dann besonders Skandinavien und die Schweiz, aber auch

Die Markfenderin von Köln

von Levin Schäding.

Das Gesicht des Freiherrn flammte; seine Augen glühten rot unterlaufen; sein Haar flatterte in dünnen weißen Strängen um den entzündeten Schädel, von dem die hohe Ziffernlinie gefallen war. Aber nicht lange stand er so völlig bezwungen und bezähmt da — er erhob die Hand gegen seinen Weide gegenüber und dann beide Hände und schrie, ihr um einen Schritt entgegengetretend: „Ich bin in Wut, Gebhardt! Ich bin in Wut... Wut... Wut!“

„Und du glaubst, du könntest mir Furcht einjagen mit dem, was eine verzweiflungsvolle Kaltblütigkeit. Wie kommt dieser Wut?“ erwiderte die Frau mit einer anmaßlichen Verachtung und inner verzweiflungsvoller Kaltblütigkeit. „Wie kommt dieser Mensch hierhin?“ sagte sie, und Hubert glaubte annehmen zu dürfen, daß die gleichmütige Ruhe, womit sie diese Frage stellte, etwas Erheutes habe; er bemerkte, daß ihre Stimme ein klein wenig ählte, ihre Farbe um ein faun Merklisches bleicher wurde, als sie ihn erblickte und so fragte:

„Was wirst du dir am besten selbst beantworten, wie er hierhin kommt.“ Ich der Freiherr fast freudig auf, als ob er durch diese Frage wieder einen neuen Strom Wassers auf das Mähwerk seiner Wut bekommen; als ob er es nun plötzlich wider tösend und bearbeitend von neuem in Gang setzen könne. Warum hast du diesen Menschen vernommen, überwältigen und gefangen hierher schleppen lassen... Warum verfolgst du ihn und wiffst ihn in die Fremde, ins Elend hinausjagen? Warum belügst du mich und gibst an, du habest ihn...“

Frau Gebhardt wandte sich zu ihm. Sie legte ihre Hand um seinen Unterarm, und wie es schien, mit festem, wie eisernem Griff. „Lactantius!“ sagte sie mit ihrer schneidenden Ruhe. „Lactantius, es scheint, der Augenblick, den ich lange gefürchtet habe, ist einge-

troffen. Du bist wahnsinnig geworden. Ich muß dich für geisteskrank erklären lassen und für deine Unterbringung in einer Anstalt, wo man die Narren zu bändigen weiß, Sorge tragen. Du weißt, daß ich leider seit langem habe vorbereiten müssen auf das Eintreten eines solchen Ereignisses...“

Statt über diese Worte in neue Entzückung zu geraten, verlor der Freiherr bei ihnen plötzlich seine hochrote Farbe; er ließ seine Arme schlaff niederfallen und sah mit Mühen, die angingen, nur noch Schrecken und Furcht auszudrücken, seine Gattin an.

„Dein Verstand hat offenbar gelitten. Du begreifst die einfachsten Dinge nicht mehr. Geheide es, in deiner Seele verwirrt sich das Klarste und Offenbarste, und du vergiffst, was du noch am vorigen Tage hörtest, oder läßt es auf Abenteuerlust mit deinen trunkenen Träumereien sich vermengen.“

„Nein, nein!“ rief Lactantius entsetzt dazwischen, „ich begreife alles...“

„Du vergiffst, daß ich diesen Menschen dort auf meiner letzten Reise vernommen, bemitleidete, im heftigsten Fieber unter einer Bede am Wege liegend fand und ihn mit mir nahm, aus bloßer Barmherzigkeit, um ihn zu pflegen; daß ich ihn abgesperrt halten ließ, weil seine Krankheit eine ansteckende sein konnte.“

„O, nein, nein, ich weiß es, ich weiß es, Gebhardt.“ rief der Reichsfreiherr aus, sich matt auf einen Stuhl werfend und dann flehentlich seine Hände erhebend.

„Du vergiffst aber, daß ich deshalb verboten hatte, sich ihm zu nähern und sich um ihn zu kümmern... er ist hier... du mußt ihn aufsuchen haben!“

„Ja, das vergaß ich allerdings, Gebhardt; ich führte ihn hierhin, um einen Spielpartner an ihm zu haben...“

„Dir will ich vergeben.“ versetzte Frau von Awerdant, „aber nicht denen, die dich in diesen Zustand versetzt haben, die dir Dinge vorschwärmten, welche bei dir zu so verhängnisvollen Anfällen führten...“

„Marie Stahl!“ wandte sie sich an das junge Mädchen, „ich weiß nicht, welchen Anteil du daran hattest, wieviel du tatest, diesen abscheulichen Auftritt herbeizuführen, aber damit ich sicher bin, daß so etwas nicht wiederkehrt, verläßt du morgen mein Haus!“

„Tante... ich bitte Sie, Tante...“ fiel hier entsetzt der

junge Mann ein, der sich während des vorigen Marie genähert und wie nur Hubert bemerkt, ihr rasch ein paar Worte zugeflüstert hatte.

Die zürnende Frau wandte sich zu ihm; sie maß ihn von oben bis unten mit einem stolzen und kalten Blicke, der die volle Gewalt zu haben schien, jedes weitere Wort auf seiner Lippe ersterben zu machen. Dann richtete sie ihr drohendes, gebieterisches Anlitz Hubert zu.

„Er“, sagte sie, „wird sich sofort dahin zurückbegeben, wohin ich ihn habe weichen lassen. Für die Lügen, welche er hier vorgebracht zu haben scheint, werde ich ihn strafen zu lassen lassen.“

„Lügen... Strafen?“ rief jetzt Hubert mit von Fort flammendem Gesicht aus und trat der hochmütigen Frau kühn einen Schritt entgegen.

Diese aber wandte ihm den Rücken, und mit den Worten an ihren Kissen: „Franz, rufe augenblicklich Baptist und den Jäger herbei...“ augenblicklich... du, Lactantius, folgst mir!“ rauchte sie stolz und heftig zur Tür hinaus. Während der junge Mann an ihr vorbeiging, um ihren Befehl zu erfüllen, schritt der lange Freiherr gebeugt und wie gebrochen hinter ihr drein.

Nur noch Marie Stahl und Hubert standen im Zimmer.

„Dem ist die Komödie, die er aufzuführen wollte, schlecht bekommen!“ rief Hubert mit einem bitteren Lächeln des Hohms und der Verachtung aus, als der Freiherr verschwand. „Adieu Demoielle Marie — ich hoffe, es ist dies erste nicht das letzte Mal, daß wir uns sehen — ich wäre glücklich, wenn ich denken dürfte, wir sind Freunde von nun an, nach dieser Szene, die wir zusammen erlebten! Daß meine Warnung für Sie nur zu begründet war, haben Sie jetzt gesehen. Wied, Wied!“

Hubert eilte bei diesen Worten zum nächsten Fenster und öffnete es heftig, um einen Blick hinauszuwerfen; Regen und Nachtwind schlugen ihm entgegen; dunkle Wolkenmassen, die über den Mond fortgeschoben wurden, verdoppelten die Schatten der Nacht; es war weiter nichts zu erkennen, als daß unter dem Fenster sich ein Garten befand. „Laßt nicht ein Spalter an der Wand hinauf!“ rief er schreiend! „Küßt nicht ein Spalter an der Wand hinauf!“ rief er schreiend! „Küßt nicht ein Spalter an der Wand hinauf!“ rief er schreiend!

„Ein Spalter läuft allerdings an der Mauer entlang; aber es reicht nicht bis an diese Fenster.“

(Fortsetzung folgt)

England, Belgien und selbst Frankreich. Welcher Schaden dem Auslande an der beschlossenen Maßregel erwächst, erhellt zur Genüge aus diesen Angaben; unsere Valuta würde im höchsten Maße weiter entwertet und jeder Handel mit dem Auslande wäre unterbrochen. Diese Momente scheinen von der Entente-Kommission vollkommen unbeachtet geblieben zu sein, und doch sollte man meinen, es müßte ohne weiteres daraus klar sein, welcher Nachteil auch dem Auslande dadurch zugefügt wird, ganz abgesehen davon, daß für uns die Erfüllung der Friedensbedingungen eine absolute Unmöglichkeit wird.

Es läßt sich wohl annehmen, daß unsere Reichsbehörden sich sehr bald mit der Reichsbank in Verbindung setzen werden, um sich über die Frage der Ablieferung des Goldes schlüssig zu machen. Wir haben Veranlassung genommen, die gegenwärtigen Ansichten des Reichsbankdirektoriums zu erkunden, und können sagen, daß die Reichsbank gar nicht daran denkt, freiwillig den Goldbestand herzugeben. Selbst wenn der Reichskanzler mit einem solchen Ansuchen an die Bank herantreten sollte, müßte sie auch das ablehnen. Und der Reichskanzler ist nicht in der Lage, über das Gold zu verfügen, da die Reichsbank, wie gesagt, ein auf privatrechtlicher Grundlage aufgebautes Institut ist, das Vermögen der Bank also keinen Besitz des Reiches darstellt. Auf Grund des Bankgesetzes müßte also die Herausgabe unter allen Umständen verweigert werden.

Eine Ueberführung der Bestände nach Köln oder Koblenz ist ausgeschlossen, da dies gleichbedeutend wäre mit einer Ablieferung an die Entente selbst. Es kommt hinzu, daß sie schon rein technisch unmöglich ist, da die Tresore der betreffenden Zweiganstalten für eine Aufnahme so großer Metallbestände in keiner Weise genügen.

Die Rettung der Reichsbank steht ebenfalls auf dem Standpunkte, daß eine Ueberführung oder gar Auslieferung des Goldes einen gewaltigen Sturz unserer Valuta im Gefolge haben würde. Handel und Wandel in Deutschland wäre lahmgelegt, die Beschaffung von Lebensmitteln in Frage gestellt, jede Möglichkeit eines Wiederaufbaues würde zur Unmöglichkeit. Ueber die Folgen einer derartigen Maßnahme kann man sich kaum das rechte Bild machen. Sobald die Besprechungen über diese schwerwiegende und entscheidende Frage stattfinden, wird die Reichsbank diesen ihren Standpunkt mit der größten Energie vertreten und mit allen Mitteln, die ihr zu Gebote stehen, sich der Ausführung des Verlangens der Entente widersetzen.

Deutsche in Uebersee.

Wichtiger denn je ist zur Wahrung deutscher Kultur und zum wirtschaftlichen Wiederaufbau die Zusammenfassung aller deutschen Kräfte, die außerhalb unserer Grenzen liegen. Es ist von großer Bedeutung, daß die Kräfte mehr als bisher ihre nationale Eigenart bewahren und mehr als es oft geschah, einen tieferliegenden Nationalismus in deutschem kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Leben suchen und finden. Die Frage, wo und wieviel Deutsche leben nun eigentlich in fremden Ländern, beantwortet Hans Gehlert in einer Broschüre „Deutsche in der Fremde“ (Dietrichsche Verlagshandlung Leipzig 1920), die eine Uebersicht über den Stand des Problems nach Abschluß des Weltkrieges gibt. Die Feststellungen für europäische Gebiete sind infolge der Abtretungen und Bestimmungen ziemlich bekannt geworden, besonders interessant und neu sind aber die Angaben über überseeische Länder.

Nach den Vereinigten Staaten von Amerika zogen seit Jahrhunderten die meisten deutschen Auswanderer. Von 1820 bis 1914 verzeichnet die amerikanische Statistik 5 482 000 aus Deutschland stammende Einwohner. Zur Zeit der letzten Volkszählung 1910 waren 8 817 271 Personen deutsch als Muttersprache an. In den einzelnen geographischen Gebieten der Vereinigten Staaten sind die Deutsch-Amerikaner ungleich stark vertreten. Im allgemeinen bilden sie etwa mehr als ein Zehntel der gesamten weißen Bevölkerung, ihr Anteil bewegt sich zwischen mehr wie ein Sechstel in den nordöstlichen Zentralstaaten und nicht ganz ein Vierzigstel in den südöstlichen Zentralstaaten. Die meisten Deutschen hatte 1910 der Staat New York mit 1 333 013, das sind 14,9 Prozent der weißen Bevölkerung.

Die Zahl der in Kanada anässigen Reichsdeutschen betrug 1901 27 300, 1911 bereits 39 575. Hier ist zu bemerken, daß ein erheblicher Teil schon seit Generationen dort lebt, längst amerikanisiert und der deutschen Muttersprache nicht mehr mächtig ist. Von den Staaten Südamerikas hat Brasilien die meisten deutschen Siedler aufgenommen. Von 1835 bis 1913 wanderten 119 900 ein, im ganzen schätzt man heute die Zahl der Deutschen auf 400 000. Die größte deutsche Kolonie in Südbrasilien ist Blumenau, dort gibt es unter 42 500 Einwohnern 35 000 Deutsche. Die Gesamtzahl der von 1897 bis 1913 nach Argentinien gekommenen deutschen Einwanderer betrug 62 461, heute werden die deutschen Bewohner des Landes auf 100 000 geschätzt. Die Republik Chile zählte 1907 28 410 Deutsche. In den Staaten Paraguay und Uruguay leben nur einige Tausend Deutsche.

Die Staaten des australischen Bundes wiesen 1911 32 990 Deutsche auf. Der Umfang der deutschen Einwanderungen nach Australien ging in den letzten Jahren zurück. Deutsche wanderten nach Afrika in größerer Zahl erst nach Erwerbung deutscher Kolonien aus. Im englischen Südafrika bestehen seit langer Zeit hier und dort kleinere deutsche Siedlungen.

Belieferung der Schmiede mit Kohlen.

Der Reichswirtschaftsminister hat auf eine entsprechende Anfrage im Reichswirtschaftsrat über die Belieferung der ländlichen Schmiedebetriebe mit Kohlen folgende Antwort erteilt:

„Die Belieferung der ländlichen Schmiedebetriebe mit der erforderlichen Kohle hat deswegen wiederholt Schwierigkeiten bereitet, weil hierfür Qualitäten benötigt werden, an denen allgemeine große Knappheit herrscht.

Die außerordentliche Bedeutung einer angemessenen Belieferung mit Schmiedekohlen für das gesamte Wirtschaftsleben, insbesondere für die dringend notwendige Instandhaltung der landwirtschaftlichen Geräte wird hier in vollem Umfang gewürdigt und anerkannt. Der Reichskommissar für die Kohlenverteilung ist daher auch dauernd bestrebt, wo ihm Mischstände in der Schmiedekohlenbelieferung bekannt werden, nach bester Möglichkeit helfend einzugreifen. Es geschieht dies am besten auf dem Wege, daß notleidende Kreisverwaltungen ihre besonderen Bedürfnisse an Schmiedekohlen jeweils dem Reichskommissar bekannt geben. Dieser wird dann, soweit es die Verhältnisse ermöglichen, durch Ausstellung von Vorzugsanweisungen eine beschleunigte Verforgung der notwendigen Schmiedebetriebe in die Wege leiten.

Dazu muß noch bemerkt werden, daß auch den Schmieden die Pflicht obliegt, soweit es der Betrieb erlaubt, Streckungsmittel heranzuziehen, und daß es als besonders wünschenswert erachtet werden muß, daß auch die Schmiede, wo dies die örtlichen Verhältnisse erlauben, allmählich zu elektrischen Betrieben übergehen, wodurch eine erhebliche Kohlenersparnis erreicht werden würde. Es darf in dieser Richtung auf einen Artikel „Kohlenabkommen und Schmiedelei“ von Dr. Albert Neuburg Bezug genommen werden, der in der 2. Beilage zur Westfälischen Zeitung vom 6. November 1920, Altmach in Technik und Wirtschaft Nr. 42“ abgedruckt ist. Freilich darf nicht verkannt werden, daß sich zur Zeit der Elektrifizierung der Schmiedebetriebe noch in sehr vielen Gegenden erhebliche Schwierigkeiten entgegenstellen.“

— hw. —

Reich und Gemeinden.

In kommunalen Kreisen ist in der letzten Zeit immer unangenehmer empfunden worden, daß die Reichsgesetzgebung in die Selbstverwaltung der Gemeinden eingreifen mußte, ohne daß es dieser und ihren Organisationen möglich war, vorher ihre Ansichten und Wünsche zur Geltung zu bringen. Es wird deshalb in kommunalen Kreisen mit Freude begrüßt, daß die demokratische Fraktion des Reichstages auf Anregung der Abg. Oberbürgermeister Kütz und Senator Dr. Petersen die Schaffung eines ständigen Ausschusses für kommunale Angelegenheiten beantragt hat. Die Antragsteller haben sich dabei von folgender Erwägung leiten lassen: Die Gesetzgebung des Reiches hat im ständig wachsenden Maße unmittelbare und mittelbare Auswirkungen gegenüber den kommunalen Selbstverwaltungskörpern zur Folge. Die politische, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung zwingt Reichstag und Reichsregierung viel öfter als früher zu gesetzgeberischen Akten, die für das Leben der Gemeinden von weittragender Bedeutung sind. Es sei in dieser Beziehung nur an die ganze Steuererhebung an die Zwanzwirtschaftsgesetzgebung, an die Erwerbslosenfürsorge, an das Reichsmietengesetz, an das Grundschulgesetz und an das Reichsjugendwohlfahrtsgesetz erinnert. Für die Zukunft wird die Behandlung der Kommunalisierungsprobleme in gleicher Richtung wirken. Die deutschen Gemeinden und ihre Organisationen empfinden im Hinblick auf diese Entwicklung das Bedürfnis nach einer Stelle im Reichstag, in der alle diese gesetzgeberischen Fragen in gegenseitiger Fühlungnahme einer eingehenden sachverständigen Vorberatung unterzogen werden können. Die Erfüllung dieses berechtigten Wunsches liegt auch im Interesse der Reichsgesetzgebung selbst, da die praktische Durchführung vieler Gesetze und ihre Wirkung dem einzelnen Staatsbürger gegenüber in den Gemeinden besonders fühlbar wird. Der Wert der gesetzgeberischen Aufgaben des Reichstages wird wesentlich dadurch gefördert werden können, daß die Beratungen und Vorbereitungen von einem Ausschuss geleitet werden, in dessen Zusammensetzung die Kenntnis der besonderen Eigenart der kommunalen Verhältnisse nachdrücklich zur Geltung kommt.

Stillelegung einer Zechen.

Im Landtag brachte der Abg. Dr. Göpper-Michoff die folgende Anfrage ein:

Die außerordentliche Generalversammlung der Eisenwerksgesellschaft Maximilianshütte, A.-G., in Rothenberg hat beschlossen, die Arbeiten auf der Zechen Maximilian bei Hamm einzustellen und die der Richtungsgemeinde gehörige Zechen Mont Genis bei Herne zu erwerben. Durch diesen Beschluß gehen der Volkswirtschaft erhebliche Werte verloren, 200 Millionen Tonnen besserer Fettkohle bleiben ungenutzt. Große Wohnkolonien verlieren ihre Bewohner, und einige tausend Arbeiter werden arbeitslos. In der Stadt Hamm und in den benachbarten Gemeinden hat dieser Beschluß große Erregung hervorgerufen, zumal nach dem Gutachten der Sachverständigen das Kohlenvorkommen bei Maximilian durchaus abbaubar sein soll und daher die Befürchtung besteht, daß nicht sachliche Gründe, sondern die Interessen der Richtungsgemeinde den Ausschlag für den Beschluß der Generalversammlung gegeben haben. Ist das Staatsministerium bereit, eine Prüfung einzuleiten und unter Umständen die Gesellschaft zum Weiterbetrieb der Zechen gemäß § 65 WGB. anzuhalten?

Was unsere Leser sagen.

(An dieser Stelle veröffentlichen wir Zusendungen aus unserem Leserkreise, für welche wir eine Verantwortung nicht übernehmen.)

Hausfrauen und Juden.

Viele Frauen haben nur einen Gedanken, den an den Juden. Ueber diesen gingen schon vor Monaten Berichte durch diese Zeitung, wonach den Frauen wieder mehr zugewiesen werden soll. Auch aus Ginnahesjuder wurde hingewiesen, der reichlicher ausfallen soll. Wenn's nur nicht so geht, wie im vorigen Jahre, wo nach der Ginnaheszeit noch ein halbes Pfund Zucker überwiegen wurde. Könnte nicht jetzt schon festgestellt werden, wie in Zukunft die Verteilung stattfinden soll, damit jede Hausfrau sich einrichten kann auf die Ginnaheszeit? Dann würde auch der ängstlichen Hamsterei ein Ende gemacht werden. Eine Hausfrau.

Unsere heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Verantwortlich für den Inhalt: der Herausgeber und Verleger Fr. Kühle; für die Anzeigen: Gedrg. Vels; beide in Herford.

Ämtliche Bekanntmachungen der Stadt Herford.

In der hiesigen städtischen Verwaltung ist die Stelle des Rathausheizers möglichst bald zu besetzen.

Der Heizer muß in der Lage sein, kleinere Reparaturen vorzunehmen. Während der Sommermonate wird er auch zu anderen Arbeiten herangezogen.

Die Befolgung regelt sich nach Gruppe II der Befolungsordnung für die Beamten und dauernd beschäftigten Angestellten der städtischen Verwaltung in Herford und beträgt: Grundgehalt 4300 M., steigend 1 mal um 400 M., 3 mal um 300 M. und 4 mal um 200 M. bis zum Höchstgehalt von 6400 M. Ortszuschlag 1400 M. Daneben wird bis auf Weiteres ein Ausgleichszuschlag von 65 Prozent und gegebenenfalls Kinderzulagen gewährt.

Bewerbungsgesuche mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften sind bis zum 1. Mai 1921 beim unterzeichneten Magistrat einzureichen.

Kriegsbeschädigte erhalten bei gleicher Befähigung den Vorzug.

Herford, den 20. April 1921.

Der Magistrat. Buße.

Remonteankauf für 1921.

1. Zum Ankauf dreijähriger, vorkommendenfalls auch vierjähriger Remonten sollen in diesem Jahre im Regierungsbezirk Minden die nachbezeichneten öffentlichen Märkte abgehalten werden:

am 12. Mai, vormittags 8½ Uhr, Rahden, Kreis Lübbecke im Reg.-Bezirk Münster i. Westf., am 10. Mai, 11½ Uhr vormittags, Laer, Hordtmar, Kreis Steinfurt,

am 11. Mai, 8½ Uhr vormittags, Rogel, Kreis Münster i. Westf.

2. Die angekauften Pferde werden sofort abgenommen und gegen Darlehen mittels Schecks bezahlt.

3. Pferde mit Hauptmängeln, die gesetzlich den Kauf rückgängig machen, sind vom Verkäufer gegen Erstattung des Kaufpreises und der Unkosten zurückzunehmen, desgl. Pferde, die sich während der ersten 45 Tage nach dem Tage der Einlieferung in das Remonteamt usw. als Klopheugen erweisen. Die gesetzliche Gewährfrist wird für periodische Augenentzündung (innere Augenentzündung, Mondblindheit) auf 28 Tage nach dem Tage der Einlieferung in das Remonteamt verlängert.

4. Zur Anzeige eines Hauptmangels an den Verkäufer nach § 485 B. G. B. ist nicht nur die Remontierungskommission berechtigt, die den Kauf abgeschlossen hat, sondern auch das Remonteamt oder der Truppenteil usw. bei dem sich das bemängelte Pferd befindet.

5. Verkäufer, die Pferde vorführen, die ihnen nicht eigentümlich gehören, müssen sich gehörig ausweisen können.

6. Der Verkäufer hat jedem verkauften Pferde eine Trense mit glattem, starkem, einfach gebrochenem Gebiß (keine Knebeltrone) und eine dauerhafte Kopfhalter mit zwei mindestens 2 Meter langen Striden uneingeschnitten mitzugeben.

7. Der Verkäufer ist verpflichtet, bei der Verladung der verkauften Pferde der Remontierungskommission behilflich zu sein.

8. Zur Feststellung der Abstammung der Pferde sind die Deck- und Füllstämme mitzubringen.

Auch werden die Verkäufer ersucht, die Schweife und Mähnen der Pferde nicht übermäßig zu beschneiden und die Schwanzrinne nicht zu verkürzen.

9. Vorstehende Verkaufsbedingungen gelten auch für nicht öffentliche Märkte.

Berlin, den 15. Februar 1921.

Reichsfinanzministerium.

Veröffentlicht!

Herford, den 11. März 1921.

Die Polizeiverwaltung.

Erstimpfung.

Alle Eltern, Pflegeeltern und Vormünder von noch ungeimpften Kindern werden hierdurch aufgefordert, diese Kinder am

Dienstag, den 3. Mai 1921,
Mittwoch, den 4. Mai 1921 und
Freitag, den 6. Mai 1921

zwischen 3 und 5 Uhr nachmittags im Impfstoff für Erstimpfung — Zeichenaal der Bürgerschule Wilhelmstraße — zur Impfung vorzustellen.

Die Nichtbeachtung dieser Aufforderung zieht gemäß § 14 des Reichsimpfgesetzes vom 8. April 1874 Geldstrafen bis zu 20 M. nach sich.

Herford, den 15. April 1921.

Die Polizei-Verwaltung.

Es wird wiederholt darauf hingewiesen, daß alle im Stadtbezirk Herford gewerblich beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen, die im Handels- oder Gewerbebetriebe beschäftigt sind, sowie diejenigen Jugendlichen, die unter normalen Verhältnissen in das Gewerbeleben eingetreten wären, aber infolge der wirtschaftlichen Notlage keine Lehr- oder Arbeitsstätte gefunden haben, bis zum vollendeten 18. Lebensjahre zum Besuche der gewerblichen Fortbildungsschule verpflichtet sind, sofern sie nicht die hiesige Handelslehranstalt besuchen. Für die Arbeitgeber besteht die Verpflichtung, die in ihrem Betriebe beschäftigten vorerwähnten Arbeiter, Lehrlinge usw. unverzüglich beim Leiter der Schule anzumelden.

Wir haben den Leiter der Schule angewiesen, jedes bekanntwerdende Versäumnis einer Anmeldung unmissverständlich zur Bestrafung zu melden.

Das Kuratorium der gewerblichen Fortbildungsschule und der städtischen Handelslehranstalt.

Der Vorsitzende:
Buße.

Mittwoch, den 27. April 1921, nachmittags 6 Uhr:
Sitzung des Stadtverordneten-Ausschusses.

Tagesordnung
zu der am

Freitag, den 29. April 1921, 5½ Uhr nachmittags
stattfindenden

Stadtverordneten-Sitzung.

1. Einführung und Verpflichtung des Stadtv. Schodder.
2. Mitteilungen.
3. Vorlagen des Magistrats, betr.
 - a) Einführung einer Grundsteuer nach dem gemeinen Wert.
 - b) Bewilligung von Mitteln für die Einrichtung eines Wohnungskatasters.
 - c) Zahlung für das Arbeitsamt.
 - d) Zahlung für das Berufsamt.
 - e) Anderweitige Festsetzung der Befolgung des Stadtsyndikus.
 - f) Gründung der Stelle eines Kassaboten bei der Stadtparlatte.
 - g) Festsetzung von Feldzulagen für die Beamten des Stadtmehrsamtes.
 - h) Abnahme der Rechnung der Lyzealkasse für das Rechnungsjahr 1919.
 - i) Abnahme der Rechnung der Gymnasialkasse für das Rechnungsjahr 1919.
 - j) Bewilligung von Mitteln zur Instandsetzung der Seuchengrade.
 - k) Erhöhung der Gebühren für die Benutzung der städtischen Desinfektionsanstalt.
 - l) Erhöhung der Gebühren für die Benutzung des Krankenentransportwagens u. des Gefangenentransportwagens.

Herford, den 23. April 1921.

Der Stadtverordneten-Vorsteher: Heise.

Verfahren verflocht — ist aber glatt wie ein Seil.